

# WOCHENRÜCKBLICK



## Sozialleistungen für Ukrainer explodieren!

„Rund 21,4 Milliarden Euro an Leistungen nach dem SGB II für Bedarfsgemeinschaften mit mindestens einem ukrainischen Staatsbürger – und das innerhalb von nicht einmal vier Jahren. Diese Summe ist ein politischer Offenbarungseid. Während Rentner Flaschen sammeln müssen, Familien unter explodierenden Lebenshaltungskosten leiden und Kommunen finanziell am Limit sind, verteilt die Bundesregierung Milliardenbeträge, ohne die Folgen für den eigenen Sozialstaat ehrlich zu benennen.“

Diese Politik überfordert unsere Sozialsysteme, spaltet die Gesellschaft und ist gegenüber den hart arbeitenden Steuerzahlern schlicht nicht mehr zu rechtfertigen. Wer glaubt, unbegrenzte Leistungen ohne klare Prioritäten und ohne nachhaltige Finanzierung auszahlen zu können, handelt fahrlässig. Deutschland braucht endlich eine Sozialpolitik, die zuerst Verantwortung gegenüber den eigenen Bürgern übernimmt und nicht ideologisch, sondern vernunftgeleitet handelt.“



# Aktuelle Videos





# Pressekonferenz zur Abschaffung von § 188 StGB



# Plenum - Schlussdienst



STEPHAN  
BRANDNER



# Rückblick auf die Plenarwoche Mittwoch, 28.1.2026

Die Sitzungswoche hat am Mittwoch mit der Regierungsbefragung begonnen. Darin stellten sich Bundesaußenminister Dr. Johann David Wadephul (CDU) und Bundeslandwirtschaftsminister Alois Rainer (CSU) den Fragen der Abgeordneten. Beatrix von Storch (AfD) griff die Ukraine-Hilfe der Bundesregierung auf und fragte den Außenminister, ob für die 76 Milliarden Euro eine ukrainische Gegenleistung zu erwarten sei. Deutschland unterstütze die Ukraine, weil sie das Völkerrecht verteidige, und nicht, um einen „Deal“ zu machen, beantwortete der Minister ihre Frage.

Im Anschluss an die Regierungsbefragung folgte die Fragestunde. Der niedersächsische Abgeordnete Rocco Kever (AfD) wollte vom Bundesfinanzministerium wissen, welche jährlichen Ausgaben des öffentlichen Haushalts (Bund, Länder, Kommunen) für seit 2015 zugewanderte Flüchtlinge und Migranten (einschließlich Asylberechtigter, subsidiär Schutzberechtigter, Geduldeter und Ukraine-Schutzbedürftiger) die Bundesregierung in Berichten des Bundesfinanzministeriums, Statistiken des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge oder Bundestagsdrucksachen ausweist.

Den von der AfD-Fraktion vorgelegten Antrag mit dem Titel „Bürokratie- und Steuerbelastung für kleine und mittlere Unternehmen unverzüglich senken“ hat das Parlament am Mittwoch beraten. Vor allem kleine und mittlere Unternehmen (KMU) müssen nach Ansicht der AfD-Fraktion von Bürokratieauflagen und Steuern entlastet werden.

Auf Antrag der Fraktion Die Linke hat sich der Bundestag mit der seit dem Wochenende bereits öffentlich geführten Debatte über die Einschränkung von Teilzeitmöglichkeiten für Beschäftigte befasst. Auslöser war ein Antrag von Unionspolitikern für den im Februar anstehenden Parteitag der CDU, in dem eine deutliche Einschränkung des Rechts auf Teilzeit gefordert worden war, unter anderem die Beschränkung auf Beschäftigte mit Betreuungspflichten. Peter Bohnhof (AfD) warf der Union vor, seit Monaten auf den Arbeitnehmern „rumzuhacken“, weil sie über die „wahren Gründe für den wirtschaftlichen Niedergang“ nicht reden wolle. Dazu gehörten für ihn eine „industriefeindliche Energiepolitik“ und die „Masseneinwanderung“. Nicht nur Familien mit Kindern bräuchten Teilzeitmöglichkeiten, auch Beschäftigte in der Alten- und Krankenpflege, die ansonsten ganz aus ihren Jobs aussteigen würden, betonte er.

„Die , vergessenen‘ queeren Opfer der nationalsozialistischen Verfolgung“ lautet der Titel eines Antrags der Fraktion Die Linke, den der Bundestag am Mittwoch beraten hat. Stephan Brandner (AfD) sagte in seiner Rede dazu: „Dass dieser Antrag ausgerechnet von der Linken kommt – rechtsidentisch mit der menschenverachtenden und mordenden SED in der Gott sei Dank untergegangenen DDR –, ist an Geschichtsvergessenheit kaum zu überbieten. Denn diese Linke, die SED, hat in der DDR 40 Jahre lang diktatorisch regiert, hatte 40 Jahre lang Zeit, mit 100-Prozent-Mehrheiten in der Volkskammer genau das umzusetzen, was Sie jetzt hier fordern. Und es passierte: gar nichts. Damit wir uns nicht falsch verstehen: Die Alternative für Deutschland steht dazu, allen Opfern von Verfolgungen und Vertreibungen die gleiche Aufmerksamkeit zukommen zu lassen. Es gibt für uns keine guten und keine schlechten Opfer. Und genau deshalb irritiert uns Ihr Antrag, weil er davon spricht, dass es auch andere Opfergruppen gebe als die von Ihnen hier bezeichneten, aber keine einzige benennt. Auch bleibt völlig offen, was dieser Deutsche Bundestag im Jahr 2026 damit zu tun haben soll und wofür wir uns, die wir hier sitzen, entschuldigen sollen.“



# Rückblick auf die Plenarwoche Donnerstag, 29.1.2026

Bundeskanzler Friedrich Merz (CDU) sieht in neuen Partnerschaften die Chance für Europa, sich angesichts der geopolitischen Verwerfungen in Zukunft zu behaupten. „Es gibt aufstrebende Demokratien, die ausdrücklich das suchen, was wir ihnen anzubieten haben“, sagte Merz am Donnerstag in einer Regierungserklärung vor dem Bundestag zur aktuellen außenpolitischen Lage. Für die AfD bezeichnete Co-Fraktionschefin Dr. Alice Weidel die USA als „wichtigen Verbündeten“. So wie diese ihre eigenen Interessen verträten, „müssen wir endlich auch unsere eigenen nationalen, deutschen Interessen definieren und selbstbewusst vertreten“. Dazu zählte Weidel eine Beteiligung Deutschlands an den Ukraine-Friedensverhandlungen mit dem Ziel einer schnellen Beendigung des Krieges.

Im Bundestag ist es am Donnerstag bei der Debatte über die Bekämpfung sogenannter Clankriminalität zu einer scharfen Kontroverse zwischen der AfD und den anderen Fraktionen gekommen. Während Dr. Bernd Baumann (AfD) den Koalitionsparteien vorwarf, sie hätten mit ihrer Politik das „gesamte Clan-Desaster“ zu verantworten, attestierten Redner von Union und SPD wie auch der Grünen seiner Partei, ein „Sicherheitsrisiko“ für Deutschland zu sein. Ferat Koçak (Die Linke) nannte die AfD einen „der gefährlichsten Clans in diesem Land“.

In der ersten Debatte über einen AfD-Antrag mit dem Titel „Clankriminalität entschieden bekämpfen – Bürger und Rechtsstaat schützen“ beklagte Baumann, dass sich in der Bundesrepublik ein „komplettes Untergrundsystem mit hunderten Mafia-Familien ausgebreitet“ habe, mit Umsätzen in Milliardenhöhe. Dies sei die „Folge unkontrollierter Einwanderung über Jahrzehnte“. Dabei stünden „die Clans für allerschwerste Verbrechen“. Gelöst werden könne das Problem nicht allein mit polizeilichen Mitteln, sondern müsse politisch vom Bundestag angegangen werden. Gebraucht würden vor allem Gesetze zur Ausweisung von Clanmitgliedern. Zudem müsse eine „wirkliche Zurückweisung an den Grenzen“ durchgesetzt werden, um den Zufluss neuer Clans zu begrenzen.

Die AfD-Fraktion fordert die Bundesregierung zu einer Untersuchung der Hilfsleistungen an die Ukraine auf. Das Land sei Ende 2025 abermals von einem Korruptionsskandal im Umfeld von Präsident Wolodymyr Selenskyj erschüttert worden, schreiben die Abgeordneten in einem Antrag, den der Bundestag am Donnerstag erstmals beraten hat. Deutschland sei mit 79 Milliarden Euro seit Februar 2022 bilateral nach den USA der zweitgrößte Geber von Hilfen und Zusagen an die Ukraine.

Der Bundestag hat die Forderung der AfD-Fraktion, den Straftatbestand der Politikerbeleidigung abzuschaffen, abgelehnt. In seiner Rede zu diesem Tagesordnungspunkt sagte Stephan Brandner (AfD): „Freiheit, vor allem die Freiheit der Meinungsäußerung, ist für uns von der AfD von überragender Bedeutung. Wir von der Alternative für Deutschland legten deshalb bereits im September letzten Jahres einen Gesetzentwurf – diesen Gesetzentwurf – vor, der die Abschaffung des § 188, dieses Sonderstrafrechts zugunsten der Politiker, vorsieht. Unsere Auffassung von Freiheit und Gleichheit ist nämlich welche? Gleiches Recht für alle, ganz einfach. Und weil für alle die allgemeinen Paragraphen zu Beleidigung, Verleumdung und übler Nachrede – §§ 185 bis 187 StGB – gelten, braucht es kein Sonderstrafrecht.“

# Rückblick auf die Plenarwoche Freitag, 30.1.2026

Aller Kritik an der deutschen Wirtschaftspolitik zum Trotz sieht Bundeswirtschaftsministerin Katherina Reiche (CDU) positive Zeichen, mahnt aber weitere Reformen an. Das unterstrich sie am Freitag in ihrer Regierungserklärung zum Jahreswirtschaftsbericht 2026. Leif-Erik Holm (AfD) kritisierte Reiches Anmerkungen und die Arbeit der Bundesregierung scharf. Er sagte: „Die Wirtschaft ist alarmiert und entsetzt. Deutschland befindet sich im freien Fall. Dieser Satz von BDI-Präsident Peter Leibinger ist zum geflügelten Wort geworden, weil er leider richtig ist.“ Die Bundesregierung sei nicht in der Lage, „für eine Umkehr zu sorgen“. Die Hoffnungen, die die schwarz-rote Koalition vor allem bei Wirtschaftsvertretern geweckt habe, seien nicht erfüllt worden. Bundeskanzler Friedrich Merz (CDU) habe einen „Herbst der Reformen“ versprochen, doch nach wie vor leide die Wirtschaft unter Steuern, Abgaben und hohen Energiekosten.

„Mobilitätsgarantie einführen – Produktionskapazitäten für die Verkehrswende aufbauen“ lautet der Titel eines Antrags der Fraktion Die Linke, der am Freitag auf der Tagesordnung des Bundestages stand. Wolfgang Wiehle (AfD) bezeichnete den Weg der Transformation als den Weg in die politisch gewollte Mangelwirtschaft und in den Sozialismus. Die AfD stehe für die freie Wahl des Verkehrsmittels, sagte er. Dazu gehöre neben dem Auto auch ein pünktlicher, sauberer und sicherer öffentlicher Nahverkehr.

Als Präsident des Parlamentarischen Rates trug Konrad Adenauer entscheidend zur Entstehung des Grundgesetzes 1949 bei. Am Freitag erinnerte der Bundestag in einer Vereinbarung Debatte an das politische Wirken des „Alten“, wie ihn der Volksmund liebevoll nannte. Der AfD-Abgeordnete Dr. Alexander Gauland bezeichnete Adenauer als einen „der wenigen großen Staatsmänner“ in der deutschen Geschichte neben Otto von Bismarck, Gustav Stresemann, Willy Brandt und Helmut Kohl. Er habe eine nationale Interessenpolitik betrieben und gleichzeitig das „moralische Kapital“, das Hitler völlig zerstört habe, wieder aufgebaut.

Die AfD-Fraktion will die Erbschaft- und Schenkungsteuer in Deutschland abschaffen. Einen dazu vorgelegten Antrag mit dem Titel „Steuerfairness fördern – Erbschaft- und Schenkungsteuer abschaffen“ hat das Parlament am Freitag debattiert. Die Doppelbesteuerung sei ein Gerechtigkeitsproblem, schreibt die Fraktion. Jedes Vermögen, das vererbt oder verschenkt wird, müsse zuvor erarbeitet werden. Hierbei fielen immer Ertragssteuern an, „unabhängig davon, aus welcher Quelle das Einkommen stammt“. Mit der Erbschaft- und Schenkungsteuer würden also immer Beträge versteuert, „die bereits mindestens einmal der Besteuerung unterlagen“. Diese Doppelbesteuerung widerspricht aus Sicht der AfD einem wichtigen Grundsatz der Steuergerechtigkeit. Die Erbschaft- und Schenkungsteuer belaste zudem den Mittelstand stärker als Großvermögen, heißt es in dem Antrag. Kleine und mittlere Erben verfügten in der Regel nicht über die finanziellen und administrativen Ressourcen, um weitreichende Gestaltungsmöglichkeiten – insbesondere Familienstiftungen, Schenkungen zu Lebzeiten und grenzüberschreitende Konstruktionen, die vor allem Großvermögen offenstehen – zu nutzen.

Bei einer von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen beantragten Aktuellen Stunde zum Thema „Energiesouveränität stärken – Klimaziele umsetzen“ kündigte Karsten Hilse (AfD) im Falle einer AfD-Regierung den Ausstieg Deutschlands aus dem Pariser Klimaabkommen an. „Sobald wir in Regierungsverantwortung sind, werden wir dieses Übereinkommen mit all seinen katastrophalen Folgen für die Menschen in unserem Land aufkündigen.“





# Unsere nächsten Termine

**Bürgerdialog  
in Burladingen**

Stadthalle  
Albstraße 15  
72393 Burladingen

**06.02.2026 / 19.00 Uhr**



**KOMMEN SIE VORBEI! Einlass ab 18.00 Uhr**

Mit  
Hans-Peter Hörner MdL  
Joachim Bloch MdB  
Alexander Gräff  
Stephan Brandner MdB

**AfD**

**Bayern zuerst!**



Stephan Brandner, MdB      Robert Sesselmann, Landrat

Stephan Protschka, MdB      Katrin Ebner-Steiner, MdL      Prof. Dr. Inga Hahn, MdB      Roman Sonnenberg, Landratskandidat

**Fr., 20.02.26**  
Einlass ab 18.00 Uhr

**Schlossberghalle**  
Vogelanger 2, 82319 Starnberg

**AfD** | Kreisverband Starnberg

K.L.S.G.P. - AfD Bayern, Presseabteilung, Öffentlichkeitsarbeit | 85030 Starnberg | geschaeftsfuehrer@afdbayern.de



**17. Februar**

**Frauenabend**  
im Wahlkreisbüro Gera

Stephan Brandner

**AfD**

 **17. Februar 2026**  
**18:00 Uhr**  
Wahlkreisbüro Gera  
Anmeldung unter  
[stephan.brandner.ma04@bundestag.de](mailto:stephan.brandner.ma04@bundestag.de)



**12. Februar**

**2. Brandnerpokal**  
**Skatturnier**

Stephan Brandner

**AfD**

 **12. Februar 2026, 17:00 Uhr**  
Teichwolframsdorf  
Anmeldung unter  
[stephan.brandner.ma02@bundestag.de](mailto:stephan.brandner.ma02@bundestag.de)



**STEPHAN  
BRANDNER**



# Unsere nächsten Termine

**BÜRGERDIALOG**  
in Ilmenau

**19.02.26 | 19.00 Uhr**

**Hotel Tanne**  
Lindenstraße 38  
98693 Ilmenau

Mit

**Stephan Brandner** MdB

**Marcus Bühl** MdB

**Dr. Jens Dietrich** MdL

**Wir freuen uns auf Sie!**  
Eine Anmeldung ist nicht erforderlich.

  
FRAKTION IM DEUTSCHEN BUNDESTAG

**17. Februar**

**Sprechstunde**  
**Gera**

**Stephan BRANDNER**

 **Dienstag, 17. Februar 2026**

 **Wahlkreisbüro Gera**  
Rudolf-Diener-Str. 21  
07545 Gera

 **Anmeldung unter**  
[stephan.brandner.ma04@bundestag.de](mailto:stephan.brandner.ma04@bundestag.de)





**STEPHAN  
BRANDNER**

# Jugend und Parlament - Bewirb dich jetzt!

**6.-9. Juni 2026**

Wenn du zwischen 17 und 20 Jahre alt bist und Interesse hast, am Planspiel „Jugend und Parlament“ im Jahr 2026 teilzunehmen, sende deine Bewerbung an [stephan.brandner.ma03@bundestag.de](mailto:stephan.brandner.ma03@bundestag.de)

**STEPHAN BRANDNER**  
stellv. Bundesvorsitzender

**AfD**





# Zuschuss zur Klassenfahrt

## Zuschuss zu eurer Klassenfahrt nach Berlin:

Mehr Infos unter  
[stephan.brandner.ma03@bundestag.de](mailto:stephan.brandner.ma03@bundestag.de)

**STEPHAN BRANDNER**  
stellv. Bundesvorsitzender

**AfD**

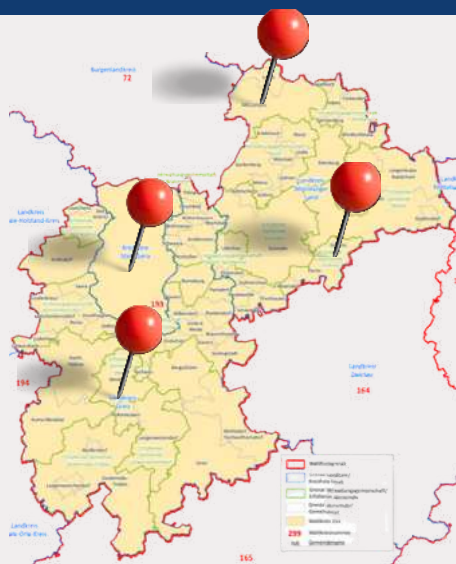


**STEPHAN  
BRANDNER**

# Wir sind für Sie da:

📍 Wahlkreisbüro Gera  
Rudolf-Diener-Straße 21,  
07545 Gera  
☎ Tel.: 03 65 - 20 42 41 30  
☎ Fax: 03 65 - 22 69 12 50  
✉ kontakt@brandner-im-bundestag.de  
🕒 Geöffnet: Di.-Do. 10-17 Uhr

📍 Wahlkreisbüro Gößnitz  
Zwickauer Straße 11,  
04639 Gößnitz  
☎ Tel.: 03 44 93 - 25 95 13  
✉ goessnitz@brandner-im-bundestag.de  
🕒 Geöffnet: Do. und Fr. 10-17 Uhr



📍 Wahlkreisbüro Meuselwitz  
Bebelstraße 21,  
04610 Meuselwitz  
✉ meuselwitz@brandner-im-bundestag.de  
🕒 Geöffnet: Di. 10-17 Uhr

📍 Wahlkreisbüro Weida  
Platz der Freiheit 9,  
07570 Weida  
✉ weida@brandner-im-bundestag.de  
🕒 Geöffnet: Do. 10-17 Uhr und jeden 1. Samstag im Monat: 8-11 Uhr

## Besuchen Sie mich auch im Netz

 [www.facebook.com/stBrandner](https://www.facebook.com/stBrandner)  
 [www.instagram.com/stephanbrandner](https://www.instagram.com/stephanbrandner)  
 [www.youtube.com/c/stephanbrandnerafd](https://www.youtube.com/c/stephanbrandnerafd)  
 [t.me/StephanBrandnerMdB](https://t.me/StephanBrandnerMdB)  
 [www.tiktok.com/@brandner\\_afd](https://www.tiktok.com/@brandner_afd)  
 <https://twitter.com/BrandnerSt>

